

*Es gilt das gesprochene Wort!*

*Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,  
liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,  
sehr geehrte Damen und Herren.*

*Während der Beratung zum Entwurf des Kreishaushaltes 2019 zeigten sich wenige Kritikpunkte; Grund hierfür ist sicherlich die überaus positive wirtschaftliche Situation des Kreises und die vorausschauende Planung in der Kämmerei – ein großes Lob für die intensive Arbeit.*

*Die Kreisumlage kann, stärker als zur Einbringung des Haushaltes geplant, im Vergleich zu 2018 um 2,2 % auf 33,2 % gesenkt werden, die Landschaftumlage sinkt um 0,85 % von 16 % auf 15,15 %; insgesamt also eine positive Entwicklung.*

*Wehrmutstropfen: Die Jugendamtsumlage muss um 0,1 % auf 16,4 % erhöht werden.*

*Die Steuerkraft des Kreises Warendorf ist weiterhin als gut zu bezeichnen und das möge möglichst lange so bleiben.*

*Mit dieser positiven Situation ist eine Entlastung der Kommunen, die über den Umlagehaushalt den Kreis letztlich finanzieren, in erheblichem Maße möglich.*

*Eine Senkung der Kreisumlage statt auf 33,2% auf 33,0 % wäre sicherlich denkbar und umsetzbar gewesen; wurde von uns jedoch nicht beantragt, da wir grundsätzlich dem Motto des umsichtigen Kaufmanns folgen – „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!“*

*Eine stärkere Reduzierung der Kreisumlage hätte für die einzelnen Kommunen zwar kurzfristig eine Entlastung bedeutet, würde aber auf die Zukunft gerichtet bei sinkender Steuerkraft zu stärkeren Belastungen führen.*

*Unsere Zielvorgabe:*

- *die Kommunen entlasten,*
- *die Rücklagen stärken*
- *und den maximalen Spielraum zur Schuldentilgung ohne Neuverschuldung oder Umschuldung*

*wird mit diesem Haushalt erreicht.*

*Auch möchte ich positiv herausstreichen, wie verantwortungsbewusst die Kämmerei mit den vorgesehenen 4 Millionen für die Pensionsrückstellungen in 2018 umgegangen ist;*

*nicht einfach der Vorgabe folgend  
in den Pensionsfond transferiert,  
sondern kritisch betrachtet,  
die Zinsentwicklung im Auge behalten  
und nach Alternativen gesucht.*

*So funktioniert verantwortungsvolles Handeln mit dem Geld der Bürger.*

*Die Investitionen im Rahmen des Programms Gute Schule 2020 und die Fördermittel aus dem Kommunalen Investitionsförderprogramm ermöglichen umfangreiche Neu- und Sanierungsmaßnahmen, die in die Zukunft blickend, den Unterhaltungsaufwand reduzieren und optimieren sollen.*

*Die Entwicklung im Bereich der Förderschulen zeigt, dass nicht alle Schüler ohne eine gezielte Förderung ein optimales Bildungsziel erreichen können. Das Konzept der Förderschulen im Kreis begleiten wir positiv.*

*Die Verortung des Teilstandortes Beckum wird in den nächsten Sitzungen noch intensiv zu beraten sein.*

*Wird in Zukunft das Bauteil D des Berufskollegs Förderschuleteilstandort? Dazu sind noch einige Beratungen und Planungen in Beckum und im Kreis erforderlich.*

*Die in der Begleitvorlage zum Stellenplan aufgeführten Positionen sind in den einzelnen Ausschüssen plausibel vorgestellt worden und somit auch von uns tragbar.*

*Unter dem Aspekt mittelfristig Nachfolge in den Ämtern zu sichern, ist eine gemäßigte Ausweitung des Stellenplanes aktuell tragbar. Ein Weiter so kann und darf es jedoch nicht geben.*

*Im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung wird es in den kommenden Jahren erforderlich sein, über alternative Arbeitskonzepte nachzudenken und diese gegebenenfalls auch auszuprobieren.*

*In der Sondersitzung des Sparkassenzweckverbandes wurden zukunftsweisende Konzepte und Ideen vorgestellt, die unter Notwendigkeit der Stelleneinsparung entwickelt werden. Stellenabbau bei Beibehaltung der erforderlichen Leistung? Schwierig!*

*Auch bei Verwaltungen ist die Frage des Personalbedarfes und der – Verfügbarkeit zu überdenken.*

*Sicherlich deckt ein Umlagehaushalt die Ausgaben. Ist es jedoch gegenüber den „Zahlern“ zu verantworten, weiterhin immer mehr Stellen zu schaffen, statt nach Alternativen zu suchen?*

*In der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse wurden interessante Fragestellungen aufgeworfen, die sicherlich zu bedenken, zu prüfen und teilweise zu übernehmen sind – ich nenne nur einige Beispiele:*

- Wie sieht das Büro der Zukunft aus? Ein Hub? Mit Couch?*
- Hat jeder Mitarbeiter einen eigenen Arbeitsplatz oder erhält er bei Ankunft einen freien Platz für seine Tagesbeschäftigung zugewiesen?*
- Muss der Großteil der Mitarbeiter in der Verwaltung präsent sein?*
- Wie flexibel ist die Arbeitszeit?*
- Ist die Stempeluhr noch zeitgemäß, oder wird statt Arbeitszeit ein Arbeitspensum zum Abrechnungsmaßstab?*
- Sind alle Aufgaben in der Verwaltung vor Ort zu erledigen oder gibt es Alternativen?*
- Wie viele Aufgaben sind an Servicestellen zu vergeben?*

*Mit den Telefonleistungen für Sassenberg, Everswinkel und in der Erprobung für Telgte ist der Kreis als Dienstleister für die Kommunen auf einem guten Weg; muss jedoch auch über den Tellerrand sehen und bereit sein, für eigene Aufgaben Alternativen zu suchen und zu prüfen. Stellt die Citeq im Bereich der Digitalisierung einen verlässlichen und erweiterbaren Partner?*

*Auch die gesamten Verwaltungsprozesse sind auf den Prüfstand zu stellen und auf Sinnhaftigkeit und Erfordernis zu prüfen. Viele Aufgaben entwickeln im Laufe der Zeit eine Eigendynamik und blähen sich auf. Eine kritische Sicht mit dem notwendigen Abstand kann gerade im Digitalisierungsprozess zu Verschlankeung und Vereinfachung führen.*

*Zurück zum Stellenplan: So wie er in der Begleitvorlage zum Stellenplan vorgelegt wurde, reduziert um die Stelle im Bereich Schuldnerberatung, stimmen wir zu;*

*nicht jedoch der zusätzlichen Stelle, die auf Antrag der CDU-Fraktion kurzfristig – quasi im Vorbeigehen - für das Museum Religio in Telgte beantragt wurde.*

*Auch wenn die Stadt Telgte und der „Bischof“ diese Stelle mit finanzieren, bedeutet dies für den Kreis Warendorf für 2019 22500,00 € und für die Folgejahre jeweils 48540,00 € Kostenanteil.*

*Sicherlich sind zahlreiche Stellen wünschenswert.*

*Auch die Städte und Gemeinden im Kreis wünschen sich einige zusätzliche Stellen, um ihr Tagesgeschäft stressfrei ausführen zu können. Die kommunale Finanzlage lässt dies jedoch nicht zu, vor allem mit dem Blick auf die fortlaufenden Belastungen.*

*Denn, einmal eingerichtet, ist eine neue Stelle nicht bei Bedarf wieder zu streichen und führt wie in diesem Falle zu jährlichen Kosten von mindestens 48500 € zuzüglich der Arbeitsplatzkosten, und mehr...*

*Bleiben wir im Bereich Museen: Eine Dauerposition in Höhe von 20.000 € für den Ankauf von Kunstgegenständen im Bereich Museum Abtei Liesborn ist für die Kuratorin eine verlässliche Größe, kann unserer Meinung nach jedoch nicht Bestand haben. Der Haushalt ist noch nicht einmal eingebracht, da wird bereits über die geplante Verwendung der 20.000,00 € berichtet.*

*Der Ausschuss und der Kreistag sind nur noch zum „Abnicken“ da.*

*Kultur ist uns wichtig, aber nicht in der „Nice to have“-Mentalität, mit der Kunstgegenstände gebunkert werden.*

*Ein Konzept, in dem die verfügbaren Kunstgegenstände rotierend präsentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, findet sicherlich unsere Zustimmung.*

*Betrachten wir die verfügbaren Ankaufmittel von 20.000 € jährlich, dann ist mit dem Ankauf des Liesborner Evangeliars das Kontingent für die nächsten 50 Jahre eigentlich ausgeschöpft.*

*Allein - darüber nachzudenken und eine maßvolle Vorgehensweise einzufordern, wird von den Entscheidern als unangebracht kommentiert und in keiner Form weiter berücksichtigt. Mit den erforderlichen Umbauten in Liesborn wird das Museum im kommenden Jahr nur begrenzt für die Besucher zur Verfügung stehen, was scheinbar ebenfalls keinen Anlass zur Reduzierung der jährlichen Festposition begründete.*

*Wir sagen Nein zu Gewohnheitsrechten;*

*Und wir sagen Nein zur Stellenerweiterung am ReliGio.*

*Ebenfalls unverständlich war das Hinauszögern der Beratungen über die Frauenberatungsstellen. Wofür haben wir Fachausschüsse, die in den entsprechenden Themen versiert sind? Reichte die Zeit von der Beantragung der Mittel durch die Frauenberatungsstellen am 19.10.2018 bis zur Beratung im Fachausschuss am 29.11.2018 nicht aus?*

*Für uns stand fest, dass wir die Anträge voll umfänglich unterstützen würden und sahen keine Veranlassung zur Verschiebung der Beratungen.*

*Leider sahen sich die Vertreterinnen und Vertreter der CDU und der SPD nicht in der Lage, fundiert im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zu beraten und entscheiden. Schade, gerade da waren die Vertreterinnen der Frauenberatungsstellen anwesend.*

*Schade auch, dass CDU und FDP sich den Antrag zur Erhöhung der Mittel für Schulungsmaßnahmen in der Seniorenhilfe auf ihre Fahnen geschrieben haben.*

*Im zuständigen Ausschuss wurde in der Herbstsitzung ein gemeinsamer Vorschlag aller Fraktionen erarbeitet, der sicherlich in den Beratungen zu allgemeiner Zustimmung geführt hätte.*

*Müssen alle Überlegungen in schriftliche Anträge gefasst werden? Oder reicht es, die mündlichen Absprachen an geeigneter Stelle und zur passenden Zeit zu kommunizieren und umzusetzen?*

*Gewünscht hätten wir uns, dass das Pilotprojekt Babylotse eine Projektförderung für zunächst ein Jahr bekommen hätte und auch eine Erweiterung auf die Krankenhäuser in Ahlen, möglicherweise auch Beckum und Oelde erfahren hätte.*

*In unserer Gesellschaft kommen die Kleinsten häufig immer noch zu kurz. Für Senioren wird unter anderem das Pilotprojekt „Besser jetzt - gut beraten ins Alter“ gefördert. Dabei wurde dieses Projekt zunächst auch nur in einem Ort im Kreis erprobt.*

*Die Argumentation, dass der Projektstandort für den Babylotsen in Münster und nicht im Kreis Warendorf liegt, ist korrekt. Die Entbindungszahlen aus dem Kreis am Franziskus belegen jedoch, dass ein Großteil der schwangeren Frauen aus dem Nordkreis dort entbindet und daher sehr wohl eine anteilige Förderung rechtfertigt. Auch die bestehenden guten Strukturen decken gerade diesen Bereich des Projektes nicht ab – daher konnten wir dem Ansinnen folgen und hätten uns eine positive Entscheidung zum Besten unserer Kleinsten gewünscht.*

*1021 Kita-Plätze werden in Warendorf im nächsten Jahr benötigt / 821 sind vorhanden – so zu lesen in der Tageszeitung Die Glocke vom 13.12.18. Für 72 % aller Zweijährigen wünschen die Eltern eine Betreuung ... auch 30 % der Einjährigen wurden angemeldet. Nur durch geschicktes Aufnahmemanagement sind diese Herausforderungen zu bewältigen.*

*Was sagen uns diese Zahlen?*

*Sie sagen uns, dass in den kommenden Jahren weiter in die Kindertagesstätten und in Plätze in der Tagespflege investiert werden muss. Wir begrüßen und unterstützen in diesem Zusammenhang das kreiseigene Investitionsprogramm.*

*Mit dem Gesetzentwurf „Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz, ist in die Zukunft gerichtet eine bessere finanzielle Absicherung geplant. Hoffen wir, dass die Mittel vom Land kommen; hier sind unsere Vertreterinnen und Vertreter in der Pflicht. Auch die Reform des Kibiz ist unerlässlich.*

*Nur ein Beispiel dazu: Das Kibiz geht bei der Inanspruchnahme der U3-Plätze von unter 35% aus. Betrachtet man da die Situation stellvertretend in Warendorf mit über 70% im U2-Bereich, dann wird klar, dass die Parameter im Kibiz nicht mehr zeitgemäß sind und dringendst aktualisiert werden müssen.*

*Sicherlich ist die Novellierung des Kinderbildungsgesetzes im Land in der Beratung, hoffen wir, dass dabei nicht zu kurz gedacht wird.*

*Für die Schule für Musik sind im Haushaltsjahr 2019 +109.850 € mehr zu veranschlagen, da sich die Tarifentwicklung bei 90% Personal-kostenanteil entsprechend auswirken.*

*Die Forderung, die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen, ist absolut korrekt und muss umgesetzt werden.*

*Fragt man einen Controller, so wird dieser ihnen sagen, dass in der Gesamtbetrachtung der Personalkostenanteil gesenkt werden muss, um einem finanziellen Kollaps zu entgehen.*

*Das das funktioniert, habe ich in meinem eigenen Arbeitsumfeld täglich vor Augen.*

*Ach, ich vergaß, die Schule für Musik hat ja den Kreis im Hintergrund.*

**Zum** Thema Schulden und Schuldnerberatung wurde der Vertrag mit der Diakonie zum Jahresende gekündigt.

*Miteinander sprechen bringt weiter. Gut so.*

*Wir begrüßen den Neuabschluss des Vertrages und sehen die Schuldnerberatung weiterhin in guten Händen und gesichert.*

**Im** Bereich des Straßenbaus und der Radwegführungen erwarten wir von der Verwaltung, dass sie die Aufgaben wie Grundstücks-verhandlungen aktiv betreibt, auf zögernde Grundbesitzer zugeht und nicht auf die lokalen Akteure in den Kommunen verweist.

*Schade, dass z.B. die Lennebrockstraße in Vellern aus dem aktuellen Haushalt herausfällt, da gerade diese Gespräche nicht oder nur begrenzt stattgefunden haben.*

*Im Bauausschuss wurde unser Antrag „Gute Gebrauchte“ so kommentiert, dass dieses Vorgehen gelebte Praxis ist. Eine Ablehnung des Antrages ist damit für mich unverständlich.*

*Kleinigkeiten, die sich summieren.*

*Betrachten wir den Gesamthaushalt für 2019, dann können wir einerseits sagen, an einigen Stellen finden wir uns nicht wieder, also lehnen wir ab.*

*Nach reiflicher Überlegung und Diskussion sind wir jedoch zu dem Entschluss gekommen, dass der Haushalt überwiegend unseren Zielen entspricht:*

- Maximal mögliche Schuldenreduzierung*
- Senkung der Kreisumlage*
- Kommunen entlasten*

*Die FWG-Kreistagsfraktion wird der Verabschiedung des Haushaltes und des Stellenplanes, auch wenn einige Kritikpunkte bestehen, am heutigen Tage zustimmen.*

*Danke Allen, die konstruktiv an der Aufstellung, Gestaltung und Beratung des Kreishaushaltes mitgearbeitet haben.*

*Ich wünsche Ihnen Allen und ihren Familien gesegnete Weihnachten und alles Gute für 2019.*

*Dorothea Nienkemper, Fraktionsvorsitzende*

*FWG-Fraktion Kreis Warendorf*